

# Platz abbeck

Nr. 8, 7. Oktober 2010

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

**DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln**  
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,  
www.linksfraktion-koeln.de

## DIE LINKE fordert Einschulungsbeihilfe in bisheriger Höhe

Vor der Sommerpause hatte der Kölner Sozialausschuss die Absicht bekräftigt, die Einschulungsbeihilfe für Kinder mit Köln-Pass fortzusetzen, aber von 160 auf 100 Euro zu senken. Nachdem nun der Bund seine Ankündigung zurückzieht, selbst eine Einschulungsbeihilfe zu gewähren, fordert DIE LINKE die Auszahlung in bisheriger Höhe.

Der Köln-Pass fördert dort, wo die Bundesregierung sparen will. So können Kinder vergünstigt ein Schülermittagessen erhalten und die Stadtbibliothek und diverse Bildungsangebote zu ermäßigten Preisen nutzen. Der Köln-Pass hilft Familien, die von ALG II leben müssen, ebenso wie Familien, denen nur ein Niedriglohn zur Verfügung steht. Bei einem Verdienst bis 30% über dem Hartz IV-Satz kann der KölnPass beantragt werden. In Zeiten, in denen der Bund Politik gegen die Ärmsten macht, sind kommunale Angebote umso wichtiger. Mit dem Köln-Pass setzt sich Köln für die kulturelle Teilhabe und Bildung der armen Bevölkerungsschichten ein. Allen Kindern einen guten Start in die Schule zu ermöglichen muss das Anliegen aller Mitglieder des Rates sein!

Wieder müssen die Kommunen die unsoziale Politik der Bundesregierung ausbaden. Gerade in Zeiten, in denen der Bund die Kommunen finanziell im Regen stehen lässt, hätten wir eine sozialere Politik aus Berlin brauchen können. Der Bund finanziert seine Defizite auf Kosten armer Kinder. Das ist nicht nur unsozial, sondern würdelos und peinlich.

*Gisela Stahlhofen*

**Vor der Ratssitzung am 14. September demonstrierten ca. 1.500 Menschen gegen die Haushaltskürzungen. Siehe dazu auch unsere Hintergrundartikel S. 2-4.**



## Sparkasse KölnBonn muss Beteiligungen verkaufen

Ende 2008 war das Eigenkapital der Sparkasse angeblich zu dünn, um dem Mittelstand weiterhin ausreichend Kredite gewähren zu können. Die Ratsfraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen, CDU und FDP erzwangen daraufhin gegen die Stimmen der LINKEN einen Ratsentscheid, nach dem die Stadt Köln der Sparkasse KölnBonn insgesamt 350 Mio. Euro als Kapitaleinlage zur Verfügung stellte. Der private Bankenverband beschwerte sich daraufhin bei der EU-Kommission, die umgehend ein Beihilfeverfahren einleitete. Schon vorher war klar, dass die EU-Kommission mit ihrer neoliberalen Bankenpolitik die Sparkassen im Visier hat. Als Ergebnis dieses Verfahrens soll die Sparkasse sich von Firmen und Beteiligungen trennen. Dem stimmte der Hauptausschuss, in dem DIE LINKE nicht stimmberechtigt ist, zu. Diese Zustimmung birgt Risiken für die Städte Köln und Bonn. Sie sollen die Betriebe kaufen, von denen sich die Sparkasse trennen muss. Das heißt, das unternehmerische Risiko würde künftig bei den Kommunen liegen. Gleichzeitig sind es Betriebe, die für die öffentliche Da-

seinsvorsorge sinnvoll sind, wie das sparkasseneigene Immobilienunternehmen.

Unsere Forderung, dass sich die Sparkasse um ihr Kerngeschäft kümmern und nicht als Global Player auftreten soll, wird jetzt auf Druck von oben durchgesetzt. Die Fraktion DIE LINKE tritt dafür ein, jetzt eine Kaufgarantie für die elf zu erwerbenden Firmen der Sparkasse einzugehen. Faktisch ist das eine unfreiwillige Re-Kommunalisierung, die wir grundsätzlich befürworten. DIE LINKE wird der Übernahme der Sparkassen-Beteiligungen und der Genussrechte der RSFG mbH durch die Stadt Köln zustimmen, weil wir die Sparkasse als öffentliches Kreditinstitut erhalten und die Arbeitsplätze verteidigen wollen. Diese Abwägung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit der Entscheidung erhebliche Belastungen bzw. Risiken für die Stadt eintreten können, insbesondere dann, wenn sich die Konjunktur nicht langfristig erholt und eine neue Krise einsetzt. Die geplanten Maßnahmen zum Arbeitsplatzabbau und die Schließungen von Filialen lehnen wir allerdings ab. Dadurch sollen Kunden und Mitarbeiter der Sparkasse die Krise bezahlen, die sie nicht verursacht haben. *Jörg Detjen, Gisela Stahlhofen*

# Haushaltsrede

## gehalten vom Fraktionssprecher Jörg Detjen auf der Ratssitzung zur Verabschiedung des Haushaltes am 7. Oktober 2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

bei der **Haushaltsberatung vor zwei Jahren** haben wir Rot-Grün empfohlen, die Gewerbesteuer um 30 Hehebepunkte hoch zu setzen. Erst jetzt, wo der Stadt Köln das Wasser bis zum Halse steht, erhöhen Sie die **Gewerbesteuer – aber nur um 25 Punkte**. Wenn Sie unserem Rat vor zwei Jahren gefolgt wären, hätte die Stadt Köln heute ca. 100 Mio. Euro mehr in der Kasse. Die sozialen und kulturellen Kürzungen hätte man auf diesem Wege verhindern können. Nach unseren Berechnungen fehlen bei diesem Haushalt ca. **14 Mio. Euro und man hätte all diese Kürzungen zurücknehmen können**.



Deshalb haben wir auch den Vorschlag gemacht, in diesem Jahr, die Gewerbesteuer nicht um 25, sondern um **40 Hehebepunkte** hoch zusetzen. Das hätte zu einer realen Erhöhung von 1,4 % geführt, statt wie bei Rot-Grün um 0,875 %. Davon geht kein Betrieb kaputt und kein Unternehmer verliert seine Existenz. Das ist auch keine System erschütternde Forderung, sondern eine Köln erhaltende, stabilisierende Maßnahme, um eine solidarische Stadt für alle Menschen, mit und ohne deutschen Pass, zu erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, wenn Sie heute so tun, als ob damit die Welt unterginge, möchte ich Sie auf zwei Vorgänge hinweisen:

- Als die CDU mit den Grünen 2004 den Haushalt vorbereitete und die Konjunktur am Boden lag, wäre das letzte Mittel des damaligen Kämmerers **Sóenius** eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 30 Hehebepunkte gewesen. Über das Argument, dann würden Unternehmen Köln verlassen, lachte er nur. Es kam nur deshalb nicht dazu, weil die Konjunktur sich wieder erholte.

- Die **IHK** spricht in ihrer Resolution gegen die Gewerbesteuer-Erhöhung selbst davon, dass das Niveau nicht „460 v.H. überschreiten“ dürfe, das wäre faktisch eine Erhöhung um 10 Prozentpunkte. Herr Bauwens-Adenauer schlug selbst eine „befristete Gewerbesteuererhöhung“ vor.

Wenn selbst die IHK sich eine leichte Erhöhung vorstellen kann, muss hier noch einiger Spielraum sein. Daran können Sie sehen – meine Damen und Herren von

SPD und Grüne – dass ihr zaghafte Vorgehen von den Kölner Unternehmen insgeheim belächelt wird.

DIE LINKE-Ratsfraktion hat im Jugendhilfeausschuss und Finanzausschuss in der vergangenen Woche einen **eigenen Veränderungsnachweis** vorgelegt. Dank an

die Verwaltung, dass sie uns mit Rat und Zahlenmaterial geholfen hat.

Mit unseren Vorschlägen wären die sozialen und kulturellen Kürzungen zurückgenommen worden und 2011 noch **16 Mio. Euro in die Schuldentilgung** geflossen. Jetzt haben wir **Kürzungen zwischen 2 und 10 Prozent**. Gerade die Träger, die hohe Personalkosten haben, hat es besonders getroffen, weil die Verwaltung die Steigerung der Lohnkosten einfach ausgeblendet hat. Wir haben zwar keine 12,5-%igen Kürzungen mehr, aber doch Kürzungsbeträge, die die Existenz des einen oder anderen Sozialträgers in Frage stellen.

Ohne den **Protest der verschiedenen sozialen Initiativen**, darunter die Wohlfahrtsverbände, der DGB und das Bündnis gegen Sozial- und Kulturabbau wäre es nicht so weit gekommen. Vielen Dank für dieses Engagement. Lassen Sie uns weiter gemeinsam kämpfen! Gegen Sozial- und Kulturabbau. Für eine soziale und solidarische Stadt. Widerstand braucht langen Atem!

DIE LINKE-Ratsfraktion will sich daran beteiligen, **Köln wieder in Stand zu setzen**. Zu viele Dinge sind in den letzten Jahren unter Oberbürgermeister Schramma zusammengebrochen, eingerissen und zerstört worden. Damit muss Schluss sein. Instandsetzen heißt für uns nicht nur, das **strukturelle Finanzdefizit** auszugleichen, sondern auch finanzielle und soziale Fehlentwicklungen zu bekämpfen.

Deshalb freuen wir uns, dass die Stadt Köln seit drei Monaten keine Miete mehr für die Messehallen an den **Oppenheim-Esch-Fonds** überwiesen hat. Bereits im Jahre 2006 hatten wir den Vorschlag gemacht, ein **Wertgutachten** über die gebauten Messehallen zu erstellen. Dieses Gutachten ist jetzt in Arbeit und es wird spannend, zu welchem Urteil die Gutachter kommen.

Kommunale Infrastruktur bewahren und erhalten, heißt aktuell die **Sparkasse** vor einer Privatisierung durch die EU zu schützen und dafür zu sorgen, dass wir eine Sparkasse bekommen, die sich um das Kerngeschäft kümmert, für die Kunden da ist und auch ein gutes Filialnetz vorweisen kann.

Beim Messegeschäft und beim Kredit-Geschäft mit der Sparkasse haben **CDU, SPD, Grüne und FDP der Stadt Köln einen erheblichen Schaden zugefügt**. Ohne den Eingriff der **EU-Kommission** wären Sie bis heute nicht zur Besinnung gekommen.

Dazu kam der Einsturz des Stadtarchivs, der vollends dazu geführt hat, dass das Vertrauen der Kölnerinnen und Kölner in die Politik sich auf Null reduziert. Aber die Menschen in der Stadt haben in die Debatte um das **Schauspielhaus** eingegriffen und ein **Bürgerbegehren gestartet**. DIE LINKE hat einen Betrag dazu geleistet, dass der Rat seinen Neubaubeschluss zurückgenommen hat. Darauf sind wir stolz. Denn der geplante Neubau wäre an rechtlichen Fragen gescheitert und wäre mindestens 50 Mio. Euro teurer gekommen.

Wir betonen das deswegen, weil unsere speziellen Kölner Probleme mindestens **50 % unseres Haushaltsproblems** ausmachen. Die Aufgabenzuweisung und die Kürzungen vom Bund und Land machen die anderen 50 % aus. Wenn es nicht schnell eine kommunale Finanzreform gibt und nicht endlich Schluss damit gemacht wird, Aufgaben und Kosten auf die Kommunen abzuwälzen, werden die Kommunen endgültig Armutsverwalter ohne jegliche demokratischen Rechte!

SPD, Grüne und der Oberbürgermeister werden heute bei Enthaltung der FDP den **Haushalt verabschieden** und sie werden eine Satzung beschließen, die einen „Aufgaben- und Standardabbau“ mit ei-

nem **Abbau von Personal** vorsieht. Wo und wie sie das machen wollen, bleibt unklar. Zwar werden sie die Personalkosten um 11 Mio. Euro reduzieren, welche Aufgaben sie aber tatsächlich reduzieren und streichen wollen, lassen sie noch im Dunkeln.

Statt Personalabbau schlagen wir vor, auf externe Gutachten und Beratungen zu verzichten und diese Aufgaben wieder in

merhin noch 100 Euro statt 160 Euro vorzusehen. Damit ist das Projekt nicht gestorben, aber leider ist der Standard um 40 % reduziert.

Die Unterbringung von Flüchtlingen muss weiter verbessert werden. Zwar sind ca. 3.000 Flüchtlinge besser untergebracht als vor fünf Jahren. Die restlichen 1.500 Flüchtlinge leben aber

## Was DIE LINKE im Haushalt durchsetzen konnte

**Einschulungsbeihilfe:** Während zunächst vorgesehen war, die Einschulungsbeihilfe von 160 Euro für Köln-Pass-Besitzer zu streichen, konnte zumindest einer Weiterführung in Höhe von 100 Euro erreicht werden

**Runder Tisch Buchforst:** Der Veedelstreff wird von der Stadt unterstützt, nachdem nun die Landesförderung ausgelaufen ist.

**6 Stellen für den Bereich Tiefbau:** Die Stadt wird mit diesen Fachleuten wieder in die Lage versetzt, Bauvorhaben wie die Nord-Süd-Bahn effektiv zu überwachen.



die eigene Hand zu nehmen. Hier kann man nach unseren Berechnungen sofort 5 Mio. einsparen und langfristig bis zu 10 Mio. Euro im Jahr. **Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen eine gute Arbeit.** Um sie weiter auszubilden und zu qualifizieren haben wir in unserem Veränderungsnachweis zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Wenn Rot-Grün – getrieben von der CDU und den Neoliberalen – versuchen will, **die sozialen Aufgaben und Standards** in dieser Stadt zu reduzieren, werden sie unseren Protest zu spüren bekommen, aber auch den der vielen sozialen Initiativen in dieser Stadt. Ich hoffe, dass Sie stattdessen mit uns an einem sozialen Köln arbeiten werden. Ansätze dazu hat es schon gegeben: Gemeinsam haben SPD, Grüne und LINKE 2006 den **Köln-Pass** eingeführt und mit zahlreichen 50-%igen Vergünstigungen versehen. Der Köln-Pass ist ein Erfolgsmodell, das nun die neue Landesregierung unter der Überschrift „Sozialticket“ auf ganz Nordrhein-Westfalen übertragen will.

Im vergangenen Jahr hatten wir auch eine **Erstausstattung für Erstklässler** beschlossen, die den Köln-Pass besitzen. Auch die CDU hat dies unterstützt. Diesen Betrag hatte die Kämmerei gestrichen. Unser Protest hat dann den Oberbürgermeister und Frau Dr. Klein dazu bewegt, im-

zum großen Teil in unmenschlichen Heim- en. Köln benötigt für diese Menschen neue, dezentrale Wohnungen.

**Soziale Standards müssen erhalten und gesichert werden.** Das steht im Mittelpunkt der Arbeit der Fraktion DIE LINKE in den kommenden Monaten. Mit Sorge verfolgen wir die **Neuorganisation von Hartz IV**. Wir sind empört über die Neuberechnung der **Hartz IV-Regelsätze**: Es ist zynisch, 5 Euro mehr für Erwachsene und Kinder gehen ganz leer aus! Seit Jahren fordern die sozialen Verbände eine deutliche Erhöhung der Regelsätze, dann verlangte das Bundesverfassungsgericht eine Neuregelung – und jetzt versucht sich die Bundesregierung in Taschenspielertricks!

Es ist schon jetzt absehbar, dass der Bund die sozialen Probleme weiterhin in die Kommunen abschieben will. Damit werden die Kommunen weiter finanziell belastet. Deshalb sollten LINKE, SPD und Grüne auf Bundesebene gemeinsam tätig werden und die Kommunalvertreter von CDU und FDP sollten endlich mal aufwachen. Diese Politik trifft die Kommunen und damit auch sie.

Soziale Standards erhalten bedeutet auch das soziale Gefüge in den Stadtbezirken wieder in Stand zu setzen. Deshalb treten wir seit Jahren dafür ein, die **Mittel für**

**die Bezirksvertretungen** deutlich zu erhöhen. Aber SPD, Grüne und FDP werden gleich die Reduzierung auf den Weg bringen. Die Bezirksvertretungen brauchen endlich mehr Anerkennung und Mitspracherechte!

Die Auseinandersetzung um das Schauspielhaus und aktuell auch die Konfrontation um Stuttgart 21 zeigen, dass die Menschen bei großen Bauprojekten einbezogen werden wollen. Die Debatte um die Shopping Mall auf dem **Heliosgelände in Ehrenfeld** ist dafür auch ein Indiz. Hier hat sich die Bezirksver-

tretung sofort eingeschaltet und eine Informationsveranstaltung mit 700 Personen vor dem normalen Bebauungsverfahren durchgeführt. Das verhindert eine Frustration der Anwohner und führt zu Engagement!

Die Leute spüren, ein riesiges Einkaufszentrum wäre nicht nur der Tod des Einzelhandels, sondern würde das soziale Gefüge Ehrenfelds angreifen. In Kalk ist dies genau so passiert.

Wenn jetzt in Kalk sich junge Menschen engagieren und **ein autonomes Zentrum** bilden, müssen wir auf sie zugehen, sie im Stadtbezirk halten, sie integrieren. Das führt nicht nur zur Instandbesetzung, sondern zur Stabilisierung von Kalk. Junge Menschen werden sich dort ansiedeln.

Köln in Stand setzen und sozial gestalten heißt auch: Direkte Demokratie ausbauen und verbessern!

Der **Bürgerhaushalt** muss fortgesetzt werden! Wir hoffen, dass wir jetzt endlich in einen festen, am besten jährlichen, Rhythmus kommen! **Köln braucht Transparenz und direkte Demokratie.**

DIE LINKE wird auch weiterhin für die sozialen Rechte **aller Menschen mit oder ohne deutschen Pass** kämpfen!

Deshalb lehnen wir den Haushalt ab und stimmen für den Bürgerhaushalt!



# Rücknahme von Kürzungen:

## Veränderungsnachweise der LINKEN und von SPD/Grünen im Vergleich

Nachdem die Verwaltung einen Entwurf für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 erarbeitet hatte, konnten die Kölner Ratsfraktionen hierzu Veränderungsvorschläge machen. Über diese sogenannten Veränderungsnachweise wurde in der Sitzung des Finanzausschusses am 4.10.2010 abgestimmt. SPD und Grüne, die in diesem Ausschuss die Mehrheit besitzen, haben ihren Veränderungsnachweis beschlossen und die der LINKEN und der CDU abgelehnt – und den von der FDP mündlich vorgetrage-

2011 zu Mehreinnahmen von 29,0 Mio. Euro führen würde, auf eine Reduzierung externer Gutachten und Beratungen durch eigenes Fachpersonal mit 5 Mio. kurzfristiger und bis zu 10 Mio. mittelfristiger Einsparung und auf die Kulturförderabgabe, die für 2011 sehr zurückhaltend nur mit 3.000.000 Mio. Euro veranschlagt wurde.

Zudem wurden zusätzliche Einnahmen berücksichtigt, die sich zum Beispiel aus Vereinbarungen zwischen dem Land NRW und den Spitzenverbänden der Kommunen in NRW ergeben, oder aus dem Beschluss der Bundesregierung, ihren Beitrag zu den Kosten der Unterkunft für SGB II-Empfänger aufzustocken.

Obleich die sozialpolitische Sprecherin der Grünen im NRW-Landtag Andrea Asch ankündigt, dass Köln durch die Neuordnung der Gemeindefinanzierung schon 2010 18,3 Mio. Euro zusätzlich vom Land erhalten wird, wurden diese Zusatzeinnahmen von SPD und Grünen in ihrem Veränderungsnachweis nicht berücksichtigt. Für die Kulturförderabgabe nehmen sie 7 Mio. Euro Einnahmen an statt der zurückhaltenden Schätzung der LINKEN. Ansonsten wollen sie Kürzungen vor allem umschichten, nicht jedoch zurücknehmen, das heißt jede Entlastung an einer Stelle bedeutet eine zusätzliche Belastung an einer anderen Stelle.

Die sozialen Hilfen sind für die LINKE das Kernstück des Veränderungsnachweises. Die Rücknahme der Kürzungen hier macht 10,5 Millionen Euro aus. In diesem Bereich werden über 80 % der finanziellen Mittel für Personal ausgegeben. Jede Einschränkung der Förderung schlägt sich unmittelbar in einer Reduzierung von Fachkräften nieder. Die Hilfen für Kinder und

Jugendliche, für Senioren, für Flüchtlinge, Homosexuelle und Arbeitslose verschlechtern sich unmittelbar mit jeder Kürzung. Betroffen sind hiervon Dutzende verschiedener Initiativen und Organisationen.

Die Rücknahme von Kürzungen durch SPD und Grüne fällt in diesem Bereich sehr gering aus und liegt nur wenig über 200.000 Euro. Die punktuelle Rücknahme soll dabei durch eine stärkere Belastung aller anderen sozialen Träger finanziert werden.

Im Bereich Schule ist der LINKEN ein besonderes Anliegen die Förderung der Offenen Ganztagschule im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten. Zur Sanierung von Schulbauten haben SPD/Grüne keinen Posten in den Veränderungsnachweis eingestellt. Sie unterstützen aber eine Reihe von Projekten, die im Rahmen des Bürgerhaushaltes vorgeschlagen wurden. DIE LINKE unterstützt die beiden Fraktionen hierbei.

Im Bereich der Kultur sind die Positionen der LINKEN und von SPD/Grünen ähnlich, mit zwei Ausnahmen: Die LINKE möchte die Freie Kulturszene komplett von Kürzungen ausnehmen. Sie ist chronisch unterfinanziert, Kürzungen werden deshalb direkt zu einem Schrumpfen des kulturellen Angebotes in Köln führen. SPD und Grüne erhalten dagegen eine Kürzung von 880.000 Euro aufrecht. Das sind 15,4 % des Etats von 2009. Zum anderen wollen SPD und Grüne in 2011 2,6 Mio. Euro zusätzlich für Renovierungen bei Museen ausgeben. DIE LINKE ist hier der Ansicht, dass diese Ausgaben sich noch um ein oder zwei Jahre verschieben lassen.

*Wilfried Kossen*

**Den kompletten Veränderungsnachweis der LINKEN und viele weiteren Informationen zum städtischen Haushalt 2010/11 auf: [www.linksfraktion-koeln.de/haushalt2010.html](http://www.linksfraktion-koeln.de/haushalt2010.html)**



Foto: [www.arbeiterfotografie.com](http://www.arbeiterfotografie.com)

nen, der jedoch nur aus einer Ablehnung der Erhöhung der Gewerbesteuer bestand.

Im Vergleich ist der Veränderungsnachweis der LINKEN deutlich umfangreicher als derjenige von SPD und Grünen. DIE LINKE schichtet etwa 59 Millionen Euro im Haushalt um, SPD/Grüne knapp 14 Millionen. DIE LINKE setzt zur Finanzierung auf eine Erhöhung des Hebesatzes zur Gewerbesteuer auf 490 Punkte, was in

## IHK protestiert gegen Gewerbesteuererhöhung

Die Kölner Industrie- und Handelskammer hat sich Ende September brieflich an die Kölner Ratsfraktionen gewandt, um wie sie sagt, „die Empörung der Kölner Wirtschaft über die geplante Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes zum Ausdruck zu bringen“.

Sie begründet diese Haltung unter anderem damit, dass die Wirtschaft doch schon einen erheblichen Anteil zur Finanzierung der Stadt beitrage und deshalb nicht weiter belastet werden solle.

Was die IHK übersieht ist, dass die finanzielle Schieflage der Stadt zur Hälfte, das heißt zu etwa 250 Millionen Euro daher

rührt, dass die Gewerbesteuereinnahmen eingebrochen sind. Der Grund hierfür ist, dass Gewerbesteuer auf Gewinne zu zahlen ist und diese sind in der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich zurückgegangen.

Wurden in 2008 noch 1042,9 Mio. Euro Gewerbesteuer abgeführt, so waren dies in 2009 nur noch 794,6 Mio. Euro. Für 2010 erwartet die Stadt derzeit 905,0 Mio. Euro.

Mit der Krise wurde die Kölner Wirtschaft quasi automatisch entlastet: In 2009 um 23,81% und in 2010 um 13,22 % gegenüber 2008. Diese Minderzahlungen müssen im städtischen Haushalt an ande-

rer Stelle ausgeglichen werden, indem man dort kürzt.

Der große Unterschied ist jedoch, dass die Unternehmen die Gewerbesteuer aus dem Gewinn begleichen, Kürzungen im Sozialbereich werden aber aus der Substanz bezahlt.

Es ist daher mehr als gerechtfertigt, wenn der Rat beschließt, dass die Entlastung der Unternehmen in der Krise etwas geringer ausfallen möge, damit die Belastung von Armen, Alten, Jugendlichen, Kindern und Kranken abgeschwächt werden kann.

*Wilfried Kossen*

# Aus den Ausschüssen

## ■ Stadtentwicklung

### Stadtspitze bleibt stur

Trotz Bürgerprotesten und eindeutiger Rechtssprechung beharren Stadtverwaltung und die Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP auf ihrer Position zum Bebauungsplan Gereonshof und Gerlingquartier. Einzig DIE LINKE im Stadtentwicklungsausschuss kritisierte die starre Haltung der Herrschenden in dieser Stadt und appellierte, die Rechtssprechung und das Höhenkonzept zum Schutz der romanischen Kirchen zu akzeptieren. Leider ohne Erfolg.

Die Mehrheit im Stadtentwicklungsausschuss scheint den Investoreninteressen mehr Bedeutung beizumessen, als dem eigenen Höhenkonzept, der Rechtssprechung und dem Willen der Bevölkerung. Der Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses von letzter Woche, den alten Bebauungsbeschluss zu „heilen“ ohne diesen in seinem Kern zu ändern, trägt viele Gefahren in sich: Werden die anhängigen Gerichtsverfahren (Normenkontrollverfahren und Beschwerde der Stadt gegen den Baustopp Gereonshof) gegen die Stadt beschieden, so kommen hohe Regressansprüche der Investoren auf die Stadt zu. Folgt die Justiz der Stadt Köln, nimmt eine der schönsten romanischen Kirchen in der Stadt erheblichen Schaden. Politik und Verwaltung hätten es in der Hand, diese Gefahren abzuwenden.

Ein eindeutiger Beschluss zur Bebauung des Areals, der das Höhenkonzept akzeptiert und St. Gereon schützt, würde das Problem lösen. Es scheint jedoch, als hätten die Entscheidungsträger Angst vor den Investoren und deren Rechtsanwälten.

*Michael Weisenstein*

## ■ Stadtentwicklung

### Bebauung Herriger Gasse gestoppt

Erfreulich und überraschend zugleich hat der Stadtentwicklungsausschuss die berühmte Terrassenkante zwischen Belvederestraße und Alter Militärring in Müngersdorf einstimmig unter Schutz gestellt. Die Terrassenkante markiert das Ufer eines alten Rheins. Dies erhöht deutlich den Druck auf den Investor, der zwar bauen kann, aber Rücksicht nehmen muss auf dieses geologische Denkmal.

Damit ist der Stadtentwicklungsausschuss dem einstimmigen Votum der Bezirksvertretung Lindenthal gefolgt, wenn auch nur zähneknirschend. Grüne, SPD, CDU und FDP haben ihre Bezirksvertreter in Lindenthal im Regen stehen lassen. In ihren Wortbeiträgen im Ausschuss hatten

sie alle die eine Tonlage: Die Müngersdorfer werden noch merken, was sie sich mit dieser Beschlusslage eingehandelt haben. Auch der Beigeordnete Streitberger versuchte den Eindruck zu vermitteln, dass sich der Investor nun zurückzieht und die Stadt Schadenersatz leisten müsste. Dabei laufen im Hintergrund bereits intensive Verhandlungen mit dem Investor. Wir werden also weiter genau verfolgen, welche Wendungen dieses Projekt noch nehmen wird. Verantwortliche Politik geht anders.

*Lothar Müller*

## ■ Umwelt & Grün

### Ausschreibungen für Bürgerarbeit ohne demokratische Kontrolle

In der Sommerpause nahm eine Dringlichkeitsentscheidung, welche eine europaweite Ausschreibung zur Sortierung und Verwertung von Sperrmüll durch ein gemeinnütziges Unternehmen genehmigte, die Hürden und wurde am 30. August vom Betriebsausschuss AWB genehmigt. DIE LINKE hatte mahndend den Finger gehoben, dass hier der 1. Arbeitsmarkt benachteiligt würde und es den Anschein habe, dass man eine passende Ausschreibung für einen Anbieter mache. Doch diese Argumente wurden mit Verweis auf die Rechtmäßigkeitsprüfung weg gewischt und eine Diskussion kam nicht zu Stande.

Am 30. September traf sich der AWB-Betriebsausschuss wieder und auf der 3 Punkte umfassenden Tagesordnung befand sich als Tischvorlage die „Ausschreibung des Betriebes von 2 Wertstoffhöfen“. Auch hier ließ das eine oder andere Detail DIE LINKE stutzen. So wird in der Ausschreibung verlangt, dass Anbieter für die Durchführung des Projektes Langzeitarbeitslose aus Köln im Rahmen einer versicherungspflichtigen Tätigkeit einsetzen müssen. Wohlgermerkt nicht „sozialversicherungspflichtig“! Auch hier hat es den Anschein, dass die europaweite Ausschreibung passgenau auf zwei Kölner Anbieter zugeschnitten wurde. Außerdem scheint es, dass es sich bei den Langzeitarbeitslosen um die ersten in Bürgerarbeit handeln soll.

Leider war die Mehrheit des Betriebsausschusses nicht bereit, darüber zu diskutieren und zu befinden, sondern beschloss, den Punkt zurück zu stellen. Natürlich mit

dem unmissverständlichen Hinweis an die Verwaltung, dass diese den Punkt doch als Dringlichkeitsentscheidung einbringen könne, da die Zeit dränge. Also wieder eine Entscheidung im Müllbereich, der im Vorfeld nicht ausreichend diskutiert und beleuchtet werden kann.

*HP Fischer*

## ■ Finanzen

### DIE LINKE lehnt abenteuerliche Finanzierung von Stockhausen-Konzert ab

Die Verwaltung hat in den Finanzausschuss eine Vorlage eingebracht, nach der eine Finanzierungslücke von 450.000 Euro bei der Aufführung eines Werkes von Karlheinz Stockhausen aus der Betriebsmittelrücklage der Bühnen gedeckt werden soll. DIE LINKE lehnt diesen Zuschuss ab.

Die Opernleitung ist wieder – wie zuvor bei der Chinareise – Verpflichtungen eingegangen, ohne dass die Finanzierung gesichert war. Jetzt soll das Luxusprojekt mit 450.000 Euro aus den Rücklagen finanziert werden, während gleichzeitig im sozialen und im freien Kulturbereich gekürzt wird. Da sind doch jemandem die Maßstäbe verrückt!



Die Bühnen Köln wirtschaften in eigener Verantwortung. Dafür werden sie mit einem Haushalt ausgestattet, der pro Jahr von der Stadt Köln mit etwa 50 Millionen Euro bezuschusst wird. Es gibt keinen Beschluss von Rat oder Ausschüssen darüber, die Stockhausen-Aufführung im Falle eines Defizits zu bezuschussen. Bislang wurden Rat und Ausschüsse nicht einmal darüber informiert, dass es ein Finanzierungsproblem geben könnte.

Die Opernleitung und das Kulturdezernat haben wieder einmal versucht, Fakten zu schaffen. Die Ratsmitglieder sollten über das Stöckchen springen, das ihnen hingehalten wird. Doch das macht DIE LINKE nicht mit. Wir haben den Zuschuss abgelehnt und im Rahmen der Haushaltsberatungen beantragt, dass die Betriebsmittelrücklage der Bühnen in den Haushalt rückgeführt wird.

*Claus Ludwig, Jörg Detjen*

# Aus den Bezirksvertretungen

## ■ Ehrenfeld

### Ehrenfelder stellen Weichen bei Heliosgelände

700 Menschen kamen am 15. September zur Info-Veranstaltung der Bezirksvertretung zum Heliosgelände. Viel Kritik wurde gegen den Bau einer Shopping Mall ins Feld geführt. Baudezernent Streitberger empfahl dem Eigentümer Bauwens-Adenauer sich um eine andere Entwicklungs- und Investitionsgesellschaft zu kümmern. „Wir haben schlechte Erfahrungen mit MSI“ so die klare Ansage. Bauwens-Adenauer zeigte sich nachdenklich. Zahlreiche Redner, darunter auch Vertreter von LINKEN, Grüne und SPD forderte eine frühzeitige Bürgerbeteiligung vor den Bebauungsplanverfahren.

Am 4. November beschloss die Bezirksvertretung Ehrenfeld einstimmig einen städtebaulichen Planungswettbewerb. In dem Beschluss heißt es: „Es soll ein städtebaulicher Planungswettbewerb für das ‚Heliosgelände‘ in Köln-Ehrenfeld ausgelobt werden. Erst danach und auf dieser Grundlage soll ein Architektenwettbewerb zur Erzielung einer angemessenen architektonischen Gestaltung ausgelobt und das Bebauungsplanverfahren eingeleitet werden.“

Die Vorgaben für den städtischen Wettbewerb sollen mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet werden. Hiervon unbeschadet bleibt das Bürgerbeteiligungsverfahren im Rahmen des anschließenden Bebauungsplanverfahrens entsprechend dem Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 14. Juni 2010. Die Bezirksvertretung ist kontinuierlich über den Stand der Planung in Kenntnis zu setzen.“

Jörg Detjen, Yesim Yesil-Bal

## ■ Kalk

### Wir sind Ostheim

Insgesamt 56 Einrichtungen, Schulen und Kindergärten, Vereine und Organisationen präsentieren sich beim Veedelsfest am 19.9. an den Ständen. Diesmal zum ersten Mal mit dabei: DIE LINKE.

Organisiert vom LINKEN Ortsverband Schäl Sick mit seinem Bezirksvertreter HP Fischer, präsentierte sich DIE LINKE mit rund 18 Quadratmeter Flohmarkt und politischen Informationen für die Menschen aus Ostheim und der Umgebung. Bereits im Vorfeld war DIE LINKE fest im Organisati-

Fest „Wir sind Ostheim“, welches in diesem Jahr den Untertitel „25 Jahre Veedel e.V.“ trug. Für diese Werbung legten sich die Mitarbeiter und Ehrenamtlichen des Vereins auch mächtig ins Zeug und übernahmen das finanzielle Risiko. Das Ostheimer Veedelsfest unterscheidet sich von anderen großen Straßenfesten insbesondere dadurch, dass es nicht kommerziell organisiert ist, sondern von lokalen Einrichtungen und Privatpersonen aus dem Veedel und der Nachbarschaft getragen wird. Ein gelungenes Beispiel guten Zusammenlebens vom Schützenverein bis zur LINKEN.

Schließlich konnte Sabine Fischer den Verantwortlichen vom Veedel e.V. bei der Abrechnung mehr als 100 Euro für die Festkasse übergeben. Es wurden viele und gute Gespräche geführt und Kontakte geknüpft. Für DIE LINKE, die auch im letzten Jahr



Sabine und HP Fischer mit dem Sozialraumkoordinator Rolf Blandow

Foto: A. Stepanko

onsteam vertreten und stellte selbstverständlich auch Auf- und Abbauhilfen für das Gesamtfest. Rund 4000 Besucher kamen zum

beim Straßenfest in der Gernsheimer Straße vertreten war, steht jedenfalls fest: Ostheim kann auf uns zählen. HP Fischer

## Krimineller als Saubermann

### Neue Betrugsvorwürfe gegen „Pro Köln“-Funktionär Uckermann

Der wegen Körperverletzung und Abgabe einer falschen Eidesstattlichen Erklärung in erster Instanz verurteilte „Pro Köln“-Funktionär Uckermann gebärdet sich im Rat gerne als Saubermann. Ende September berichtete der Kölner Stadt-Anzeiger über Betrugsvorwürfe gegenüber dem „Pro Köln“-Stadtrat Jörg Uckermann. Die KFZ-Versicherung Uckermanns erstattete Strafanzeige, nachdem dieser einen Unfall gemeldet habe, von dem die Versicherung glaubt, er habe sich nie ereignet. Außerdem prüft die Stadtverwaltung Verdienstausschlägen, die er für Sitzungen von Ende 2007 bis Mitte 2008 erhalten hat, obwohl

er in der Zeit nicht gearbeitet, sondern Tagegeld von seiner Krankenversicherung bezogen haben soll. Zu den Methoden, mit denen im Internet Uckermann zu einer verfolgten Unschuld stilisiert wird und weiter fleißig Recht gebrochen wird, dokumentieren wir einen Artikel von Eberhard Reincke in der Neuen Rheinischen Zeitung:

### Treten, Nachtreten und trotzdem bald am Ende?

Am 19. August wurde der Selbstdarsteller, Ex-CDU-Mitglied und Überläufer zu pro Köln, Jörg Uckermann, vom Amtsgericht

Köln zu einer Geldstrafe von 15 Tagessätzen à 30 Euro wegen Körperverletzung verurteilt. Er hatte am 15. Mai 2008 in Ehrenfeld eine junge Frau getreten, die sich nicht von ihm fotografieren lassen wollte. Natürlich tönte es auf der Seite von pro Köln, das Opfer werde zum Täter gemacht und weiter: „Es soll hier offenbar ein unbequemer Ratspolitiker regelrecht kriminalisiert werden, weil er im Rat zu viele kritische Fragen stellt und seine Finger zielgenau in die Wunden der Altparteien und städtischen Spitzenbeamten legt.“ So seine Verteidigerin, die pro Köln-Vorsitzende Judith Wolter. Ein schöner Versprecher, wenn



eine Rechtsanwältin schon einräumt, ihr Mandant werde „regelrecht“ kriminalisiert, auf jedenfall besser, als gegen die Regeln. Im übrigen ist es in diesem Land ja noch nicht strafbar „die Finger zielgenau in Wunden zu legen“. Strafbar ist allerdings das Beibringen von Wunden wie auch von anderen Körperverletzungen. Hier scheint Herr Uckermann wohl am 15. Mai was wechselt zu haben.

### **Nachtreden aus der Anonymität mit krimineller Energie**

War dieser Artikel eher harmlos, wurde auf der Seite ju-ehrenfeld.de („Jörg Uckermann Ehrenfeld Blog“) gegen die Zeugin und Nebenklägerin, deren glaubwürdige Aussage Grundlage der Verurteilung von Uckermann war, ein mieser und krimineller Hetzartikel veröffentlicht. Uckermann – immer im heldenhaften Kampf gegen Kriminalität – hatte sich zum Beispiel im Sommer noch einmal als Saubermann profiliert und zum Thema „Grillen in Parks“ gefordert: „Ein hartes Durchgreifen gegen alle Müll- und Umweltsünder, und zwar ohne Rücksicht auf eventuelle kulturelle Befindlichkeiten.“ Was aber ist das wilde Grillen gegen die Straftaten, die von dem „Jörg

Uckermann Ehrenfeld Blog“ allein in einem Artikel begangen wurden:

Die Zeugin wurde ohne ihre Zustimmung mit einem Foto abgebildet, strafbar nach § 33 KunsturheberG. Verwendet wurde dabei ein Standbild aus einem WDR-Film, sicherlich ohne Genehmigung, strafbar nach §§ 106, 108 UrheberrechtsG

Es werden jede Menge unwahre Tatsachen verbreitet (strafbar nach § 186 StGB) teilweise vermutlich besseres Wissen (strafbar nach § 187 StGB): Aus der Zeugin, die Atheistin ist, wird eine Islam- bzw. Ditiib-Aktivistin gemacht, ihr werden Äußerungen in den Mund gelegt, die sie nicht gemacht hat. Es wird behauptet, ein Krankenhaus habe sich geweigert ein Attest auszustellen, obwohl sich dieses in der Akte befindet. Am dümmsten aber folgende Lüge, den SPD-Oberbürgermeister Josef Wirges betreffend: „Wirges sieht man in dem WDR-Bericht, schick zurecht gemacht in Anzug und Krawatte, wie er .... (der Zeugin) bei der Darstellung ihrer Unwahrheiten, kameragerecht und mit strenger Miene zuhört. Uckermann wurde vom WDR, wie üblich, keine Möglichkeit der Stellungnahme geboten.“ Natürlich, der wahre Märtyrer wird von den Medien geschnitten. Dumm nur,

dass der Beitrag des WDR noch heute bei you-tube eingesehen werden kann, so dass sich jeder davon überzeugen kann, wie Uckermann Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde.

Natürlich muss niemand so etwas hinnehmen. Also ein Blick in das Impressum von „Jörg Uckermann Ehrenfeld Blog“. Doch: Es fehlt sowohl die Angabe zum presserechtlichen Verantwortlichen genauso, wie die zur schnellen elektronischen Kontaktaufnahme. Das ist nun ein Verstoß gegen § 16 i.V.m. § 5 TelemedienG. Also mindestens so schlimm wie wildes Grillen. Doch der wichtigste Eintrag im Impressum: „Hinweis: Diese Website unterliegt keinerlei Einfluss oder Verantwortung von Jörg Uckermann sondern ist ausschließlich ein Projekt des Unterstützerkreises Jörg Uckermann.“ Ist das wirklich eines aufrechten Politikers, selbst wenn er lokaler Art ist, würdig, dass er nicht zu seinen Auffassungen steht, sondern sich hinter einem „Unterstützerkreis“ versteckt?

*Eberhard Reinecke*

Dieser Artikel ist ein stark verkürzter Nachdruck aus der Neuen Rheinischen Zeitung vom 8.9.2010, nachzulesen unter: [www.nrhz.de](http://www.nrhz.de)

## **Sanierung vom Oper und Schauspiel**

Die Verwaltung hat eine Vorlage zur Sanierung von Schauspiel- und Opernhaus vorgelegt, welche am 7. Oktober verabschiedet werden soll. Im Ausschuss wurde die Vorlage beraten und ohne Votum in den Rat verwiesen. Seitens der Verwaltung werden vier Varianten vorgestellt:

### **1. Variante 2 a:**

Diese besteht aus der Sanierung der Oper, Sanierung des Schauspielhauses, dem Neubau der Kinderoper im Untergeschoss des Operngebäudes, die Sanierung der Opernterrasse, incl. einer Studiobühne und der Schaffung von Lagerflächen für Kulissen durch eine Unterkellerung des kleinen Offenbachplatzes. Kosten für die bauliche Umsetzung: 253 Millionen Euro.

### **2. Variante 2 b:**

Die Sanierung des Opernhauses und des Schauspiels und unterirdische Lagerflächen für Kulissen.

Verzicht auf Bau der Kinderoper im Untergeschoss. Verzicht auf der Sanierung der Opernterrasse mit Studiobühne. Diese Variante wird mit 233 Mio. Euro gerechnet.

### **3. Variante 2c:**

Die Sanierung des Opernhauses und des Schauspiels incl. unterirdischer Lagerflächen für Kulissen und den Bau der Kinderoper. Verzicht auf Sanierung der Opernterrasse mit Studiobühne. Baukosten: 240 Mio. Euro

### **4. Variante 2d:**

Sanierung von Opernhaus und Schauspielhaus. Verzicht auf die Kinderoper, auf eine Sanierung der Opernterrasse mit Studiobühne und Verzicht auf die unterirdischen Neubauteile für Lagerflächen unter dem klei-

nen Offenbachplatz. Baukosten: 210 Mio. Euro.

Die Verwaltung, Schauspielhausintendantin Beier, der Runde Tisch, ver.di und andere schlagen die Variante 2a für 253 Mio. Euro vor.

Die Kinderoper ist eine anerkannte Bildungs- und Ausbildungsstätte im Kulturbereich. Ob alternative Varianten wie der Verbleib der Kinderoper im „Alten Pfandhaus“ kostengünstiger sind (Investitionen, Mietkosten), wurde nicht durchgerechnet. Die Studiobühne ist die Schnittstelle zur freien Szene. Hier können noch unbekannte Autoren ihre Stücke aufführen, kann mit Neuem experimentiert werden, können Lesungen und Werkstatt-Veranstaltungen durchgeführt werden.

Da das bestehende Schauspielhaus weder über eine ausreichend große Hinterbühne noch über Seitenbühnen verfügt, sind zusätzliche Lagerflächen nötig, damit verschiedene Aufführungen parallel und ohne großen Transportaufwand durchgeführt werden können. Schließtage können so minimiert werden. Die Lagerflächen erleichtern außerdem den Beschäftigten die Arbeit.

In der Fraktion DIE LINKE dauern die Diskussionen über die verschiedenen Sanierungsvarianten an. Der Mittwochskreis wird erst nach Redaktionsschluss die Position der Fraktion festlegen. Klar ist, dass DIE LINKE über eine reine Bestandssanierung hinausgehen will. Wir werden im nächsten Platzjabbe über unser Abstimmungsverhalten berichten.

*Sengül Senol*

## **Gesamtschule Nippes kommt nach Longerich**

Die neueröffnete Gesamtschule Nippes befindet sich im Moment im Gebäude der ehemaligen Hauptschule Brehmstrasse. Doch dieses Gebäude wird in spätestens drei Jahren zu klein sein. Nun wird der Rat einen Neubau an der Ossietzkystrasse in Longerich beschließen, an dem künftig genügend Platz für die 4-zügige Schule sein wird. Die bisher dort beheimatete Förderschule wird an die Brehmstrasse umziehen.

Nach dem Wechsel der Landesregierung kann die neue Gesamtschule demnächst als Ganztagschule für behinderte und nicht behinderte Kinder geführt werden. Im Moment gibt es allerdings noch Halbtagsunterricht.

Der neue Standort ist nur durch einen Park vom Gebäude der Hauptschule Paul-Humburg-Straße getrennt. Diese wird mangels Anmeldungen zum übernächsten Schuljahr geschlossen. Dort wird die Schule vorübergehend bis zur Fertigstellung des neuen Gebäudes einziehen. Danach kann das Schulgebäude dazu benutzt werden, mehr Klassen einzurichten. Diese Option ist gerade im Hinblick auf fehlende Gesamtschulplätze in Köln günstig.

*Andrea Kostolnik*

# Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41  
email: Dielinke@stadt-koeln.de  
Vi.S.d.P. Jörg Detjen

**A**m 19. September fand in Köln eine Demonstration der etwas anderen Art statt: Etwa 600 Radlerinnen und Radler klingelten, pfliffen und strampelten im Rahmen der „3. Kölner Sternfahrt für ein besseres Radwegenetz“ gemeinsam durch die Stadt. Sie wiesen nachdrücklich darauf hin, dass immer mehr MitbürgerInnen inzwischen gesund, umweltbewusst und schadstofffrei mobil sind und die hiesige Verkehrspolitik dem endlich auch gerecht werden sollte. Konkret forderten die Teilnehmer eine sicherere Verkehrsführung, flächendeckend Abstellplätze, den Abbau zahlreicher Gefährdungsstellen und viiiel mehr Platz für Radfahrer ein. Unterstützt wurde die Veranstaltung neben den „üblichen Verdächtigen“ von BUND, ADFC und Bündnisgrünen auch vom Ortsverband Innenstadt/Rodenkirchen der Partei DIE LINKE. Das ist konsequent, decken sich doch deren kommunalpolitische Vorstellungen einer lebenswerteren Stadt wesentlich mit den verkehrs- und umweltpolitischen Forderungen der Sternfahrer ([www.koelner-fahrrad-sternfahrt.de](http://www.koelner-fahrrad-sternfahrt.de)).

Aus dem gesamten Stadtgebiet kommend schlossen sich die radelnden Grüppchen am Rudolfplatz zusammen, um nach einer „Ehrenrunde“ durch die Innenstadt schließlich als beeindruckender Protest-Peloton am Neumarkt einzutreffen. Eigentlich ein Ort des verkehrspolitischen Offenbarungseides, aber hier und heute Schauplatz der Abschlusskundgebung, die von einer trommelnden Samba-Combo eingeläutet wurde. Die Veranstalter bedankten sich artig bei den Teilnehmern und umrissen noch einmal die Ziele der Aktion. Sie betonten aber auch, dass sie den motorisierten Individualverkehr keineswegs per se verteufeln wollen, sondern sich vielmehr für ein rücksichtsvolles Miteinander einsetzen möchten. Was indes schwierig ist, wenn „der eine Partner mit 50, 60, 70 Stundenkilometern

## Immer die Radfahrer

unterwegs ist, der andere aber kaum auf 15 km/h kommt“. Der Fahrrad-Beauftragte

rad-Sternfahrt ließ es sich nicht nehmen an ihrem Geburtstag u. a. die Einführung von



Dienstfahrrädern für Rat und Verwaltung anzudeuten, wie es in anderen Kommunen schon Realität ist. Die versammelte Raderschaft gratulierte mit dem Kanon „Viel Glück und viel Segen auf all’ deinen Wegen“. Das war im Hinblick auf den Anlass der Demonstration durchaus feinsinnig, mindestens aber doppeldeutig!

Nachtrag: Als die Veranstaltung gegen 16 Uhr endete, sorgte der Hinweis, dass es sich um einen (offiziell) autofreien Sonntag gehandelt hat, noch mal für allgemeines Erstaunen.

der Stadt Köln glänzte mal wieder durch Abwesenheit, aber Elfie Scho-Antwerpes war zugegen. Die Schirmherrin der Fahr-

Denn im Stadtbild war davon rein gar nichts zu sehen, hören, spüren. Schade eigentlich. *Michael Scheffer*

## Termine ... Termine ... Termine ...

**Mo, 11.10., 16 Uhr**  
AK Umwelt  
Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3

**Do, 14.10., 18 Uhr**  
AK Soziales, Senioren, Wohnen  
Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3

**Mo, 25.10., 19.30 Uhr**  
AK Gesundheit  
Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3

**Mo, 25.10., 16 Uhr**  
AK Stadtentwicklung  
S-Bahn-Station Köln-Longerich,  
Ausgang Militärring

**Do, 28.10.2010, 19 Uhr**  
AK Kunst, Kultur und Medien  
Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3

**Mo, 8.11., 16 Uhr**  
AK Umwelt  
Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3

**Do, 12.11., 17.30 Uhr**  
AK Jugend und Schule  
Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3

**Di, 16.11., 16.30 Uhr**  
AK Stadtentwicklung  
Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3

**Do, 18.11.2010, 19 Uhr**  
AK Kunst, Kultur und Medien  
Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3

**Do, 25.11., 19.30 Uhr**  
AK Gesundheit  
Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3